

# Altersarmut, vom Staat gefördert!

In den letzten Monaten konnte man sehr viel in der Presse über die Altersarmut lesen. Bisher hat sich aber noch kein Politiker Gedanken darüber gemacht, dass diese Altersarmut auch eine wesentliche Ursache in der hohen Steuer- und Abgabenquote hat.

Zwischenzeitlich müssen nahezu alle Bürger, angefangen vom Angestellten, Facharbeiter, Handwerker oder Unternehmer nahezu die Hälfte ihres Arbeitslohnes an den Staatsapparat und die sozialen Einrichtungen abliefern. Da bleibt einfach kaum etwas übrig für die private Vorsorge, insbesondere dann, wenn noch Kinder vorhanden sind.

Ich möchte daran erinnern, dass es früher wegen des „Zehnten“ = 10 % Steuern blutige Bauernaufstände gab.

Bei diesen rd. 50 % sind die noch vielen Abgaben, die auf allen Gütern in Form einer Mehrwertsteuer (welcher Mehrwert? für den Bürger sicherlich nicht), Benzinsteuern, Branntweinsteuer, Versicherungssteuer usw. und dann noch die kommunalen Abgaben zwecks Unterhalt der immer größer werdenden kommunalen Verwaltungen, noch nicht gerechnet.

Ganz schlimm wird diese Rechnung, wenn man die effektiven Kosten, die ein Arbeitnehmer einem Unternehmen verursacht, ins Verhältnis zu dem setzt, was dem Arbeitnehmer dann noch zum Leben übrig bleibt.

Folgendes Beispiel eines Angestellten in einem mittelständischen Betrieb:

Bruttogehalt € 2.800 + Sozialabgaben des Arbeitgebers € 608,86

= € 3.408,86 Gesamtpersonalaufwand des Unternehmens für den Mitarbeiter.

Bruttogehalt € 2.800 abzüglich aller Abgaben über € 1.046,59 = € 1.753,41 Nettogehalt.

Das bedeutet, dass von einem Gesamtaufwand des Arbeitgebers in Höhe von € 3.408,86 ein Betrag von € 1.655,45 = rd. 49 % in das staatliche System (Einkommenssteuer, Krankenkasse, Rentenversicherung usw.) fließen.

Von diesen € 1.753,41 müssen dann die erwähnten sonstigen Abgaben wie Mehrwertsteuer, die diversen Stromsteuern usw. usw. nebst den kommunalen Abgaben bezahlt werden. Berücksichtigt man dann diese Beträge, kann man von weiteren rd. € 300 – € 500 pro Monat ausgehen, so dass das echte Nettogehalt bei diesem Beispiel bei etwa € 1.400 liegen dürfte. Davon sind Miete oder noch diverse Kreditraten z.B. für den Kauf eines Autos usw. zu bezahlen. Hat man dann noch (kleine) Kinder, sieht die Rechnung noch katastrophaler aus, bzw. manche Familien bewegen sich damit hart an der Armut- und Verschuldungsgrenze.

Das ist eine Ausbeutung der Bürger par excellence zu Gunsten der nicht endenden Ausgabenwünsche der Politik und es machen sich nirgendwo Absichten breit, diesen ausbeuterischen Wahnsinn zu stoppen.

Die Vorsorge-Programme der Banken und Versicherungen haben zwar steuerliche Vergünstigungskomponenten, diese werden aber letztlich von den hohen Gebühren dieser Institute am Anfang und während der Laufzeit mehr als aufgefressen.

Ich habe mir mehrmals die Mühe gemacht, solche Vorsorgeangebote mit ganz normalen Sparverträgen mit gleicher Laufzeit und gleichen Sparleistungen, aber ohne staatliche Zuschüsse, zu vergleichen (über Excel ganz leicht nachzuvollziehen bei Beherrschung der simplen Zinsformel). Das Ergebnis ist niederschmetternd. Ein solcher Sparvertrag wäre deutlich günstiger

gegenüber dem Vorsorgeprodukt auch inkl. der „versprochenen“ Überschüsse, man käme sogar auf ein höheres Endkapital und könnte den Rest ohne Abzüge für die Banken und Versicherungen weiter vererben.

Somit sind diese Programme eine hohe Einkommensquelle für die gesamte Finanzindustrie, zumal der propagierte Nutzen für den Sparer erst in 20 oder 30 Jahren offensichtlich wird, die Verkäufer dieser Produkte gibt es dann vermutlich nicht mehr und keiner kann zur Verantwortung gezogen werden. Bisherige Erfahrungen mit abgelaufenen Lebensversicherungen, deren Auszahlungsbeträge bei Weitem nicht den Versprechungen bei Abschluss des Vertrages entsprachen (auch schon vor der jetzigen Niedrigzinsphase), teilweise sogar noch geringer sind, als die geleisteten Einzahlungen insgesamt, lassen Schlimmes befürchten.

Warum überlässt man dem Bürger nicht selbst, in welche Anlageform er vorsorgen möchte. Warum haben immer nur die Finanzprodukte der Finanzindustrie steuerliche Anreize. Warum wird ein simpler und vor allem sehr langfristiger Sparvertrag nicht ebenfalls gefördert? Die Frage ist schnell beantwortet: Daran verdient die Finanzindustrie nichts

Ganz unverständlich ist hier die Haltung der Gewerkschaften, welche stets für höhere Löhne zur Ankurbelung der Binnenkonjunktur plädieren und kämpfen, die schmerzliche Enteignung über die hohen Steuerzahlungen vollkommen ausblenden. Was hilft aber ein höherer Bruttolohn, der zudem viele Mittelständler weitere Substanz kostet und in Finanz- / Liquiditätsnöte bringt, wenn durch die kalte Progression die Abgaben an den Staatsapparat ansteigen und somit netto für den Arbeitnehmer kaum etwas übrig bleibt. Erste zaghafte Versuche die kalte Progression zu mildern, wurden von der linken Opposition mit „Geschenken“ an die Reichen verglichen. Was für ein Blödsinn. Die eigene steuerfreie Kostenpauschale aber geht bei allen Parteien dagegen Jahr für Jahr ohne großes Tamtam durch den Bundestag, dem Elfenbeinturm unserer Machtpolitiker.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die derzeitige Politik – und da sind sie mit den Potentaten der Vergangenheit bis ins hohe Mittelalter kaum zu unterscheiden – nicht mit dem ihnen anvertrauten Geld umgehen können und als Folge dessen nur eines im Kopf haben, wie sie die Steuern weiter erhöhen und wie sie weitere erfinden können und das nicht zu gering. Man kann es als ein Steuererhöhungs-Gen bezeichnen, welches quer durch alle Parteien zu finden ist.

Und damit die Bürger diese Entwicklung nicht so wahrnehmen, wird unser Steuersystem immer komplexer und für den Normalbürger nicht mehr durchschaubar. Die Steuergesetze haben zwischenzeitlich einen Umfang genommen, welche die Finanzgerichte auf Jahre hinaus beschäftigen und somit die Bürger immer mehr in eine Grauzone hineinwachsen lassen werden.

Dieses komplexe System ist ähnlich aufgebaut, wie das System der strukturierten Finanzprodukte, man könnte fast annehmen, beide Parteien haben sich diese Komplexität der Ausbeutung abgeschaut.

Ich glaube, in meinem Leben werde ich es nicht mehr erleben, dass die Steuern wirklich gesenkt und nicht durch“ Gegenfinanzierungen“ ausgehebelt und neutralisiert, bzw. damit über die Hintertür wieder angehoben werden mit der Folge eines saldierten Null-Ergebnisses für die Bürger.

Den Solidaritätsbeitrag wegen Eingliederung der DDR wird es vermutlich in 100 Jahren + x aufgrund vieler anderer und neu erfundener Solidaritätsgründe genauso geben, wie die vor 111 Jahren eingeführte Sektsteuer zur Finanzierung der deutschen kaiserlichen Kriegsmarine, die jetzt am Meeresgrund des Skagerrak dahinstrotzt oder die Schaumweinsteuer, womit der deutsche Kaiser den Nord-Ostsee-Kanal bauen ließ. Da dieser dringend renoviert werden muss, bin ich gespannt, ob der jetzige Verkehrsminister nicht vielleicht noch eine Steuer einfällt. Die Pkw-Maut ist ja schon auf dem Weg.

Diese Schilderung der Steuerbelastungen ist symptomatisch auch auf alle Berufsgruppen übertragbar und führt dazu, dass der Bürger immer weniger Gelegenheit bekommt, für sich selbst und seine Familie vorzusorgen.

Selbst wenn er Geld von seinem versteuerten Geld auf die Seite legt, wohl gemerkt von seinem versteuerten Geld, greift der Staat auch hier noch zu in Form der Abgeltungssteuer zu. Allein dieses Wort „Abgeltungssteuer“ lässt die Frage entstehen, um welche Form einer Abgeltung es sich hier denn handelt? Muss man eine Schuld abgelten, nur weil man vorgesorgt hat?

Diese derzeit hohe Steuerquote von 42%, mit Kirchensteuer und Solidaritätsbeitrag rd. 47% **ab nur € 52.882 Gewinn/Einkommen** bei einem unverheirateten Steuerzahler führt dazu, dass viele mittelständische Unternehmer, Selbstständige, Handwerker und letztlich auch die Angestellten und Arbeiter, somit alle Bürger dieses Staates in vielerlei Hinsicht immer mehr in die Fänge der Finanzindustrie geraten, sei es aus Geldmangel wegen der an den Staat abgelieferten hohen Abgaben, sei es, um angeblich Steuern zu sparen und dafür Schrottanlagen verkauft zu bekommen oder sei es, um die optimale private Vorsorgemaßnahmen einer Bank oder Versicherung zu „kaufen“, woran diese sehr kräftig und vor allem langfristig verdienen.

Dieser Grenzsteuersatz von 42% wurde zwar durch mehrere Schritte von 53% noch in 1999 bestehend auf die jetzige Größe gesenkt, allerdings dabei auch die Höhe des Einkommens von damals € 61.376 auf die jetzigen € 52.882.

Diese Relationen haben sich seit 1958 mehrmals jeweils nach „Steuerreformen“ verschoben, erschreckend hierbei ist jedoch die Feststellung, dass sich die Höhe des Jahreseinkommens, bei der dieser Höchststeuersatz einsetzt, seit 1958, also innerhalb von 55 Jahren, kaum verändert hat. In 1958 kam ab einem Jahreseinkommen von € 56.263 der Grenzsteuersatz von 53% zur Geltung, momentan wird dieser von 42% bei einem

Jahreseinkommen von € 52.882 berechnet.

Berücksichtigt man die in diesen 55 Jahren erfolgte Geldentwertung und die Einkommenssteigerungen, müsste diese Einkommensgrenze eigentlich deutlich höher liegen, Presseberichten sprechen von rd. € 1,5 Mio.

### **Fazit:**

Mit der derzeit hohen Steuerquote wird die befürchtete Altersarmut unvermeidlich und dem Staat langfristig auf die Füße fallen durch dadurch später einsetzende hohe Sozialausgaben. Vergleicht man die abgegoltene Einkommenssteuer auf Kapitaleinkünfte von 25% zzgl. Kirchensteuer und Soli, also ca. 28% mit der beschriebenen und nahezu doppelt so hohen Einkommenssteuer auf die Arbeitsleistung, deutet sich hier eine echte „Ungerechtigkeitslücke“ an.

Jetzt höre ich schon die Politiker frohlocken und Vorschläge machen in Bezug auf Erhöhung der Kapitaleinkünfte auf das Niveau des Einkommens für Arbeitsleistung. Das würde aber das Kapital aus dem Land jagen, genauso wie es übrigens die hohe Einkommenssteuer für die Arbeitsleistung bereits schon bei hoch ausgebildeten Fachkräften vorführt. In der Schweiz arbeiten bereits viele deutsche Fachkräfte in Banken und Krankenhäuser.

Warum kann man die Arbeitsleistung nicht auch so besteuern wie die Kapitaleinkünfte? Das würde die Bevormundung und Alimentierung der Bürger zurückschrauben, ebenso die Abhängigkeit von der Finanzindustrie und gäbe dem Staatsgefüge eine solide Basis. Ich hoffe, man hört diesen Vorschlag.

18. März 2015

Elmar Emde

Autor des Buches “Die strukturierte Ausbeutung”

Siehe auch <http://www.emde-fiveko.de>

---

## Kulturwandel Volksbanken?

Die Volks- und Raiffeisenbanken, entstanden aus den Grundsätzen der Selbsthilfe und Selbstverantwortung im Wesentlichen zum Zwecke der Kapitalansammlung und Kreditgewährung an „kleine Leute“ mit sekundärem Fokus auf Gewinnerzielung, welches sich aber im Laufe der Zeit auch in Richtung Optimierung des Ertrags verändert hat. Diese Bankengruppe genießt wie die Sparkassen-Organisation bei ihren Kunden ein sehr hohes Vertrauen und bildet damit auch einen Gegenpol insbesondere zu den privaten Geschäftsbanken mit ihrer primären Ausrichtung auf einen optimierten Ertrag.

Neben dem Sparkassensektor nehmen die Volks- und Raiffeisenbanken (insgesamt rd. 1.200 selbstständige Einheiten) den zweitgrößten Banken-Marktanteil ein (ca. 25 %) und sind vor allem im Kreditgeschäft eine sehr dynamische Gruppe. Ich empfand zu meiner Bankerzeit diese Gruppe als den stärksten Konkurrenten im mittelständisch geprägten Unternehmensfirmenkundengeschäft.

Auf dem Anlage- /Anleihesektor spielt diese Gruppe in der Wirtschaftspresse eine sehr leise Rolle, man findet nur zaghafte Artikel und sie spielt sich nicht so in den Vordergrund wie der Branchenprimus, gehört aber bei genauerer Betrachtung zu einem maßgeblichen Player /Verkäufer auf dem Gebiet der strukturierten Finanzprodukte.

Insgesamt verfügt diese Bankengruppe über rd. 13.350 Filialen / Vertriebsstellen und da kann es einfach nicht ausbleiben, dass die Investmentbank-Branche auch dieses hochinteressante

Potenzial in Sachen Vertrieb von Investmentbankprodukten in den Fokus genommen hatte. Auch die angelsächsisch geprägten Unternehmensberatungsgesellschaften haben diese Bankengruppe genauso wie die Geschäftsbanken unter ihre Fittiche genommen und auch hier ihre gleichschaltenden Maßnahmen in Sachen Banken-Struktur vorgeschlagen, welche aber nach meiner Kenntnis nicht in voller Gänze übernommen wurden, was wiederum diese Gruppe auszeichnet.

Wie bei den Sparkassen gibt es auch hier Oberinstitute, nämlich die DZ-Bank und WGZ-Bank, die schon einmal kurz vor einer Fusion standen, diese aber wieder abgeblasen haben. Selbst stellen die Volks- und Raiffeisenbanken keine strukturierten Finanzprodukte her, das erledigt für diese Gruppe die Union Asset Management Holding AG, kurz Union Investment genannt, an der die DZ-Bank und WGZ-Bank mehrheitlich (54,4 %) beteiligt sind, die weiteren Aktionäre sind die BBB-Bank und die Volks- und Raiffeisenbanken über ihre Verbände und Beteiligungsgesellschaften.

Die Union Investment, welche per 31.12.2012 ein Vermögen von € 206 (Vj. €181) Mrd. verwaltete, ist die Investmentgesellschaft dieser mächtigen Bankengruppe, welche über ihre Tochtergesellschaften

- strukturierte Produkte entwickelt wie Aktienfonds, Rentenfonds, Geldmarktfonds, Offene Immobilien Fonds, Mischfonds, Dachfonds und wertgesicherte (?) Fonds, der gesamte Mischmasch der strukturierten Produkte eben,
- derzeit sehr stark forciert Produkte und Dienstleistungen für die private Altersvorsorge anbietet und
- diverse Konzepte für die Vermögensverwaltung erarbeitet und anbietet.

Wenn man die Homepage dieses Instituts öffnet, springen einem sofort solche Angebote, insbesondere für die Altersvorsorge ins Auge und es bezeichnet sich dabei als „Riester-Rente

Marktführer“. Nur dumm, dass die Riester-Rente nicht gerade zu den Anlage-Hits in Sachen private Altersvorsorge gehört und man letztlich bei einem normalen Sparvertrag trotz staatlicher Förderung sogar besser fahren würde.

Als Top-Favorit der privaten Altersvorsorge wird z.B. der Fonds UniProfi/4P angeboten, womit man sorglos riestern (?) könne.

Schauen wir uns doch einmal diesen Top-Favoriten an:

In der abgespeckten Darstellung dieses Produktes wird darauf hingewiesen – und beim Weiterlesen mehrmals – dass die **Ein-zahlungen des Anlegers** und die staatlichen Zulagen zum Beginn der Auszahlphase garantiert seien. Da kann man sich sofort fragen, ob denn nur die Einzahlungen garantiert sind ohne Ertrag? Gibt der Einzahler damit der Bank nicht von Anfang an einen Freibrief, am Ende der Ansparphase nur sein eingezahltes Geld (zzgl. staatlicher Zulagen?) wieder zurückzubekommen und das nach einer Laufzeit von 20 bis 30 Jahren?

Angelegt werden kann das Geld in den Aktienfonds Uni Global oder in den Rentenfonds UniEuroRenta. Da haben wir sie wieder, die Fonds. Ausgabeaufschläge (5 % bzw. 3 %), Verwaltungsgebühren (+ 1,2 % bzw. 0,6 %), die Renditechancen, hohe Ertragschancen, man beachte das Beiwort „chance“ usw. Das gesamte Vokabular des Fondsgeschäftes wird hier verwendet und dem Anleger damit eine Anlage – Sicherheit verabreicht.

In den Ausführungen wird dargelegt, dass die Union Investment mit der UniProfi/4P dem Anleger eine „exzellente Renten-Höhe“ bietet. Ich frage mich nur, wie sich die Union Investment da so sicher sein kann, da es bisher keiner geschafft hat, bei strukturierten Finanzprodukten das Ende vorauszusagen. Das Ende ist bei dieser Art Anlageprodukte völlig offen.

Untermauert wird diese Feststellung der Union Investment mit dem Hinweis auf die Quelle, nämlich dem Institut für Vorsorge und Finanzplanung GmbH.

Geht man auf die Website dieser GmbH, kann man auf der Seite „Über uns“ folgendes lesen:

„Das Institut für Vorsorge und Finanzplanung (IVFP) hat sich auf private und betriebliche Altersvorsorge spezialisiert.

Als unabhängiger und inhabergeführte Gesellschaft bewertet es Produkte und Beratungsprozesse im Bereich der Vorsorge, bietet Finanzdienstleistungen fachliche Strategieberatung und entwickelt Altersvorsorge-Beratungssoftware ...

Das zentrale Element des IVFP ist die Kombination von Wissenschaft und Praxis. Mit einem Team von Spezialisten bietet das IVFP kompetente Lösungsansätze für Produktgestaltung (= strukturiertes Finanzprodukt), vertriebliche Umsetzung (= wie verkaufe ich diese Finanzprodukte an die Anleger) und Weiterbildung (=wie kann ich diesen Verkauf noch effizienter gestalten).

Ein Mischmasch-Produzent und ein weiterer Mischmasch-Produzent nebst Verkaufsauftrag vereinen sich.

Mit diesen Vorsorgefonds bekommt die Union Investment alle Möglichkeiten der eigenen Gewinnmaximierung in die Hand, das Ende bleibt auch hier, wie bei allen strukturierten Produkten völlig offen. Sicher sind nur die auf Jahrzehnte angelegten dauerhaften Gebühreneinnahmen der Investmentgesellschaft und der vertreibenden Volksbank u.a. über die so genannten Halteprämien.

Dass sich das für die DZ-Bank, als eine der Eigentümerin der Union Invest-Fondsgesellschaft lohnt, hat sich auch in 2013 gezeigt. So verbesserte sich der Provisionsüberschuss um weitere 8,4% vor allem dank der Erfolge dieser Fondsgesellschaft. Wie viel strukturierter Mischmasch ist da wieder an die Anleger verkauft worden? Auch stieg in 2012 der Gewinn aus dem Versicherungsgeschäft (Riester u.ä) dank eines Rekordgewinns der R+V Versicherung um mehr als die Hälfte, in 2013 erfuhr das Konzernergebnis der R+V aufgrund des extremen

Niedrigzinsniveaus wieder einen deutlichen Rückschlag.

In einem Vortrag eines Vorstandsvorsitzenden einer Volksbank mit dem Thema „Ethik der Banken“ vor dem Publikum einer Fachhochschule wurde eine Verbindung der Volksbanken zu den Investmentbanken mit dem Satz „Mit den Investmentbanken haben die Volksbanken gar nichts, aber auch gar nichts zu tun“ verleugnet. Ich frage mich nur, warum die Volksbanken dann sehr gerne auf die strukturierten Finanzprodukte dieser in diesem Vortrag zu Recht verteufelten Investmentbanken zur Verbesserung ihrer Ertragslage zurückgreifen.

Wieder so eine Desinformationsmaßnahme.

Analysiert man auch bei den jeweiligen Volks- und Raiffeisenbanken die Gewinn- und Verlustrechnungen, fällt auch hier das Übergewicht der Provisionserträge im Verhältnis zum ausgewiesenen Gewinn sehr deutlich auf. Diese überproportional hohen Provisionserträge haben ihren Ursprung sicherlich nicht im Zahlungsverkehr und vom noch ausbaufähigen Auslandsgeschäft, diese stammen im Wesentlichen aus dem Verkauf /Vermittlung der mit hohen Vertriebsprovisionen belasteten strukturierten Finanzprodukte mit ungewissem Ausgang und im worst case mit der Option auf einen Totalschaden (siehe jeweilige Produktbeschreibungen).

Wie alle Banken waren auch die Volksbanken sehr aktiv im Verkauf von geschlossenen Fonds aller Art, welche von Investmentbankern zusammengebastelt worden waren und sich dann als absoluten Flop herausstellten, bzw. von den Volksbanken wieder zurückgenommen werden mussten und vermutlich noch genommen werden müssen.

Die Volks- und Raiffeisenbanken nehmen in der deutschen Bankenlandschaft eine wichtige wirtschaftliche Funktion ein und verfügen noch über einen besseren Ruf als die Geschäftsbanken. Mit der Fortsetzung des forcierten Vertriebs von strukturierten Finanzprodukten auch in den kleinsten

Dörfern unserer Republik laufen sie allerdings Gefahr, in dasselbe juristische Fahrwasser wie bei den Geschäftsbanken zu geraten und damit diesen Ruf und das noch vorhandene Vertrauen zu verspielen. Das gilt ebenso für die Sparkassen.

Zum nachhaltigen Vermögensanlagegeschäft zurückzukehren ist sicherlich und langfristig der bessere Weg, als den Steigbügelhalter der Investmentbanken zu spielen. Das Kreditgeschäft der Volksbanken, letztlich das eigentliche Rückgrat dieser Gruppe, ist das beste Beispiel für nachhaltiges Banking.

1. Januar 2015

Elmar Emde

Autor des Buches "Die strukturierte Ausbeutung"

Siehe auch <http://www.emde-fiveko.de>

---